

Streik bei Ikea in Hannover	2/3
Rüdiger — ein Porträt	4/5
Arbeit im Sonderangebot	6/7
Interview mit Helena Steinhaus	8
Der Ampel-Check	9
Streiks aus aller Welt	10
Die Geschichte des 1. Mai	11

Löhne rauf!

Das Leben ist für viele kaum noch bezahlbar. Höchste Zeit, dass die Löhne steigen. Das nehmen Millionen Menschen selbst in die Hand und streiken: im öffentlichen Dienst, bei Post und Bahn, im Einzelhandel und im Großhandel, landauf, landab. Wie es im Kleinen gelingen kann, sich gemeinsam gegen einen Riesen zu wehren, zeigen die Beschäftigten bei Ikea. [SEITE 2/3](#)

Heute keine

Ikea Deutschland hat im Geschäftsjahr 2022 ein Umsatzplus von 7,1 Prozent gemacht.

Wie viel davon werden sich die Beschäftigten zurückholen?

Ein Besuch kurz hinter der Autobahnausfahrt bei Hannover.

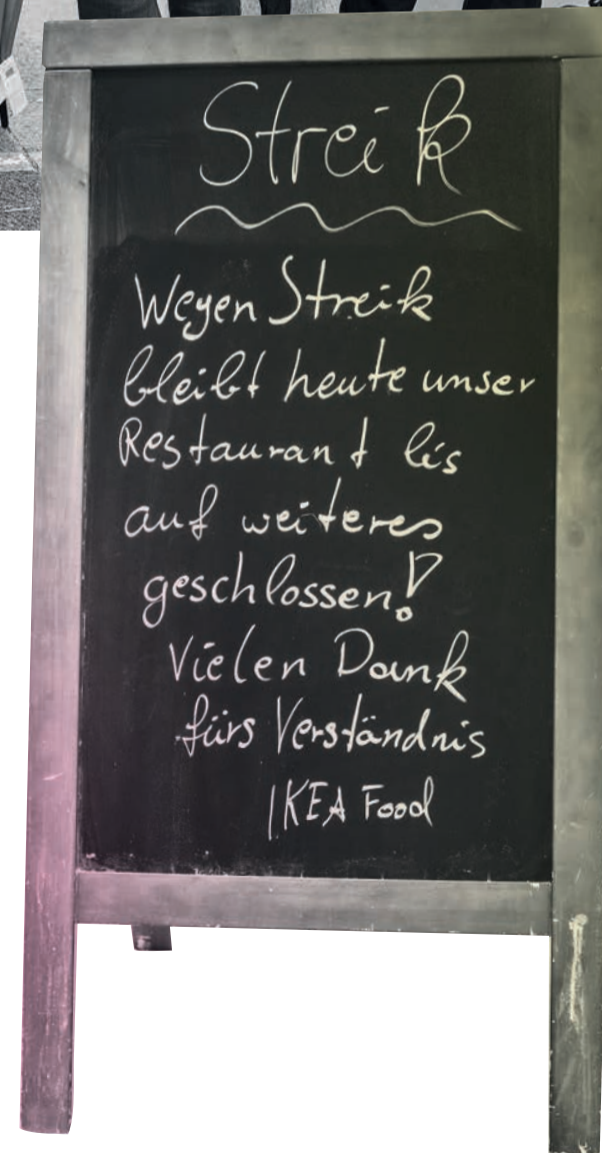


Das gab es im Einrichtungshaus in Großburgwedel bei Hannover noch nie: »Wegen Streik bleibt heute unser Restaurant bis auf weiteres geschlossen.« Weil heute niemand die Brötchen backen kann, gibt es kein Frühstück. Die Rentnerinnen und Rentner, die hier jeden Morgen um 9.30 Uhr bei Ikea aufschlagen, um das günstige Frühstück und endlos viele Tassen Kaffee mit ihrer Family Card abzuholen, sind enttäuscht, aber nicht entrüstet. »Dann komme ich eben morgen wieder«, sagt ein Kunde und grüßt den streikenden Koch und die beiden Mitarbeiterinnen freundlich. Man kennt sich.

Seit 5 Uhr morgens steht der Pavillon der Gewerkschaft Ver.di auf dem Parkplatz. Es regnet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Logistik sind die ersten, die sich dem Streik anschließen, es folgen Kolleginnen

aus der Kantine und dem Restaurant, den Kassen und sogar der Küchenplanung. Nicht nur das Restaurant bleibt an diesem Märztag geschlossen, auch die beliebte Fundgrube. »Dann haben wir doch heute schon was geschafft«, sagt Betriebsratsvorsitzende Rebecca Jepson immer wieder.

Jepson ist seit zehn Jahren bei der Gewerkschaft, seit einem Jahr ist sie hier in Großburgwedel Betriebsratsvorsitzende. Genau wie ihr Vater, der dreißig Jahre Betriebsratsvorsitzender war. »Der guckt vielleicht gerade vom Himmel runter«, sagt sie, »und wird bestimmt stolz sein.« Jeder im Einrichtungshaus kennt sie hier als »Küchenfee« – beste Voraussetzung, wenn man ein ganzes Haus organisieren will. Von den 220 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind an diesem Tag zunächst erst etwa zwanzig streikbereit, im Laufe des Vormittags schließen sich aber



Köttbullar!



Ohne direkte Ansprache geht es nicht: Gewerkschaftssekretär Mizgin Ciftci (Mitte) verteilt nicht nur Kaffee, sondern auch gleich das Beitrittsformular für die Gewerkschaft.

immer mehr Kollegen an. Am Ende sind es etwa vierzig.

Becci, wie die Kolleginnen sie nennen, begrüßt alle herzlich. Sie berichtet von einem Krankenstand von 9 bis 10 Prozent, das sei höher denn je. An diesem Tag geht es um einen Tarifvertrag Zukunft, der Arbeitsplätze sichern soll, wenn Tätigkeiten von Maschinen übernommen werden. Ab dem 1. Mai ist allerdings auch der Tarifvertrag gekündigt, der die Entlohnung regelt. Die Beschäftigten fordern 2,50 Euro mehr pro Stunde. »Wir nehmen auch mehr«, scherzt Jepson. Gerade in der Küche werde »wie im Akkord gearbeitet«. Dafür verdient man dort das »beschissenste Gehalt«, ergänzt der Koch. Ikea Food Deutschland ist einer der größten Systemgastronomieanbieter im ganzen Land. Mit Ausnahme der Corona-Pandemie verzeichnete das Unternehmen jährlich steigende Rekordumsätze.

Ikea werde auch unter Beschäftigten immer wieder als Familie, als Gemeinschaft wahrgenommen, sagt Gewerkschaftssekretär Mizgin Ciftci gleich zu Beginn seiner Rede vor den Streikenden. Das Unternehmen habe im letzten Jahr Rekordgewinne von 50 Milliarden Euro eingefahren, fährt er fort – aber von Rekordgehältern sei keine Spur. Es ist seine Feuertaufer in diesem Betrieb, den er gerade erst übernommen hat. Im



Es ist »Ikea-Wetter«, wie Betriebsratsvorsitzende Rebecca Jepson es nennt. Kurz vor Ferienbeginn und bei Regen kommen besonders viele Kunden. Genau der richtige Zeitpunkt für einen Streik.

Handel, so Ciftci, sei es besonders schwer, die Beschäftigten zu organisieren: Der Anteil an Frauen, die sich nebenher noch um die Sorgearbeit kümmern, ist hoch, die Bezahlung schlecht, viele arbeiten in Teilzeit. Bei einigen Firmen kommt auch noch massiv gewerkschaftsfeindliches Verhalten hinzu. Aber »die Gewerkschaft«, das betont er in seiner Ansprache, »ist eine Selbsthilfeorganisation«. Er ist sich sicher: Die Kolleginnen und Kollegen im Einzelhandel sind bereit, sich zu wehren. Für den Tarifvertrag fordern die Beschäftigten 2,50 Euro mehr pro Stunde; das entspricht einer Gehaltssteigerung von 14 Prozent für eine einfache Verkäuferin und 400 Euro brutto mehr im Monat. Das sei gerade für die unteren Entgeltgruppen entscheidend. Eine Forderung, für die es sich aus Ciftcis Sicht zu kämpfen lohnt. Er greift alle Mitarbeiter vor dem Eingang ab und versucht jeden und jede davon zu überzeugen, mitzustreiken. Es ist auch eine Aufwärmrunde für den Mai.

Bei einigen gelingt es. Sie ziehen sich munter die knallgelbe Warnweste an und treten in die Gewerkschaft ein. Heute seien es schon drei gewesen, sagt Ciftci, eine vierte Person habe es versprochen. »Das glaube ich aber erst, wenn ich die Unterschrift habe.« Einige, die schon lange hier beschäftigt sind und an diesem Tag zum ersten Mal streiken,

sind selbst davon überrascht, dass sie trotz des miesen Wetters lieber auf dem Parkplatz stehen als im Büro oder an der Kasse. Auf die Frage, was ihn überzeugt hätte, antwortet ein Kollege, der seit 25 Jahren bei Ikea arbeitet: »Als Mizgin zu unserer Betriebsversammlung gekommen ist, das hat mich einfach überzeugt, seine ganze Art, sein Wille. Und da dachte ich mir: Warum soll ich als kleiner Ikea-Fuzzi nicht auch mal streiken?«

In diesem Streikfrühling waren es Beschäftigte bei der Bahn, bei der Post und im öffentlichen Dienst, die für einen höheren Lohn und mehr Anerkennung für ihre Arbeit streikten. Insgesamt sind es fast 10 Millionen Menschen in Deutschland, die sich für einen Inflationsausgleich einsetzen. An die 2,6 Millionen Beschäftigten im Einzelhandel und die knapp 1,2 Millionen im Groß- und Außenhandel senden diese vorangegangenen Streiks ein wichtiges Signal. Eine Kollegin, die an diesem Morgen ebenfalls zum ersten Mal streikt, sagt, sie habe bei ihrem Mann im öffentlichen Dienst erlebt, was die Streiks bedeuten. Sie habe das Gefühl, im ganzen Land entstehe gerade so eine Bewegung. Sie zeigt hinter den Streikposten auf den blauen Klotz mit den gelben Großbuchstaben: »Ich tue es also auch für alle da drinnen.«

Text: Ines Schwerdtner,
Fotos: Olaf Krostitz



»Uns trennt ein Oben und Unten, ein Arm und Reich.«

Es sind nicht nur die Ärmsten, denen die Preiskrise zu schaffen macht: **Rentnerinnen und Rentner, Normalverdienende, Familien – sie alle leiden unter den explodierenden Ausgaben für Lebensmittel, Sprit, Energie, Wohnen.** Was sich für viele Politikerinnen und Politiker nur als abstrakte Statistik darstellt, ist für viele Menschen konkrete Realität. Wir haben mit einem von ihnen gesprochen.

Der Radius, in dem sich der 67-jährige Rüdiger Simmel bewegt, wird kleiner. Das liegt nicht daran, dass er sich nichts mehr leisten kann, seit Miete und Energiepreise im vergangenen Jahr um 300 Euro gestiegen sind. Es liegt auch nicht an den hohen Lebensmittelpreisen. Es liegt an seinen Augen. Nachdem sich im vergangenen Sommer seine Netzhaut ablöste, kann er auf beiden Augen kaum noch sehen.

Wenn er durch seinen Stadtteil Linden in Hannover läuft, dann orientiert er sich an Pollern, die den Bürgersteig vom Fahrradweg trennen. Die kann er gut sehen, die geben ihm Sicherheit. Die Arme streckt er leicht vor, um nicht aufzufallen. Manchmal schwankt er beim Laufen ein klitzekleines bisschen. Das liegt daran, dass die Augen ein Teil des Gleichgewichtsorgans sind. Weil sie nicht so

funktionieren, wie sie sollen, gerät Rüdigers Welt dann für den Bruchteil einer Sekunde aus dem Tritt.

Wenn Rüdigers Frau Simone in zwei Jahren in Rente gehen wird, dann wird auch der gemeinsame Haushalt der beiden aus dem Tritt geraten. »Dann sind wir bei 1.800 Euro brutto – zusammen«, rechnet er vor. Bei über 1.000 Euro Miete für die Wohnung bleibt da nicht mehr viel zum Leben übrig. Arm sind sie damit zwar noch nicht, aber eben auch nicht weit genug davon entfernt.

Einen Nebenjob schafft Rüdiger mit seinen Augen nicht. Dabei würde ihm das helfen, sobald auch seine Frau in Rente geht. Als er auf seine Lebensgeschichte zu sprechen kommt, erzählt er: »Wir waren arm, wir sind arm, wir werden immer arm bleiben – das ist der Stern, unter dem ich aufgewachsen bin. Das hat nichts damit zu tun, dass ich kein Geld in der Tasche habe, sondern damit, welcher Klasse ich angehöre.«

Rüdiger ist ein politischer Mensch, das wird im Gespräch mit ihm deutlich. Anfang der 1970er Jahre war er während der Ausbildung zum Industriekaufmann Jugendvertreter bei der AEG, bis ihm »wegen politischer Betätigung und sozialer Unverträglichkeit« gekündigt wurde. 1973 trat er in die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) ein, später dann in die DKP. Ab 2000 war er dann bei DIE LINKE aktiv – bis er 2021 aus gesundheitlichen Gründen kürzertreten musste.

Rüdiger Simmel, seine Frau und die gemeinsamen Kinder heißen eigentlich anders. Sie möchten lieber anonym bleiben – zu groß ist die Sorge, dass sie sich schaden könnten.

Wenn Rüdiger mit seiner tiefen, rauchigen Stimme spricht, dann schwimmen seine Pupillen in den Augen oft träge umher. Doch auf seinen Lippen liegt häufig ein Lächeln, wenn er beim Erzählen mit großer Ruhe nach den passenden Wörtern sucht.

Es ist mittags, wir sitzen im Raucherbereich des Café Centrum am Lindener Marktplatz. Vor Rüdiger steht ein Aschenbecher,

Rüdiger ist Rentner. Wenn in zwei Jahren seine Frau auch in Rente geht, wird es eng. Er und ihre beiden Kinder und Enkelkinder sind nicht arm, aber sie müssen seit den stark angestiegenen Kosten für Wohnen und Energie schauen, wie sie über die Runden kommen.



»Die Politik hat uns erst richtig ins Visier genommen.«

Der Zusammenhalt in der Familie Simmel ist dafür umso größer: Damit ihr gemeinsamer Sohn Daniel sein Studium beenden kann, wohnt er mit Anfang dreißig bei seinen Eltern. Daniel arbeitet drei Tage die Woche, die anderen beiden Tage studiert er in Hamburg. Es geht eben nur zusammen, aber das ist ohnehin die Maxime im Hause Simmel.

Für diesen Tag haben Rüdiger und seine Frau Simone die Betreuung ihrer Enkelkinder übernommen. Das machen sie jeden Mittwoch und abwechselnd Samstag oder Sonntag. Anders könnte Tochter Sarah ihre Umschulung nicht abschließen.

Rüdiger muss deswegen gleich aufbrechen, um bei der Betreuung seines Enkelkinds zu helfen. Vor dem Café Centrum ist es nass und windig. Doch etwas liegt Rüdiger noch auf dem Herzen, jetzt redet er sich in Fahrt. Dass in der Politik und in den Medien ständig von einem »Wir« gesprochen werde, ärgert ihn. »Wer ist dieses »Wir«?, fragt er. »Uns trennt ein Oben und Unten, ein Arm und Reich. Die einen besitzen, die anderen nicht. Diese reale Welt wird aber nicht abgebildet.«

Hat sich sein Verhältnis zur Politik verändert, seitdem die Preise für Gas, Strom und Lebensmittel immer weiter steigen? Rüdiger zuckt mit den Schultern. »Die Reserven werden aufgefressen. Ich habe den Eindruck, die Politik hat uns erst richtig ins Visier genommen«, sagt er.

Eine Studie, die im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erstellt wurde, bestätigt seinen Eindruck. Darin heißt es unter anderem: »Die Politik des Bundestages reagiert häufiger auf die Ansichten und Anliegen der obersten Einkommenschichten.«

Rüdiger ist vor seiner Wohnungstür angekommen. Er geht die Stufen zur Haustür hoch, dreht sich um und verabschiedet sich. Die Enkelkinder warten.

Text: Olivier David,
Fotos: Torben Weiß

So wollen wir die Menschen entlasten

Die finanzielle Belastung durch die steigenden Preise für Wohnen, Heizen und Lebensmittel sind für immer mehr Menschen nicht mehr tragbar. Deswegen setzt sich die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag für spürbare Entlastung ein: Wir haben beantragt, dass die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel ausgesetzt wird. Eine Preiskontrolle soll dabei sicherstellen, dass die Reduzierung an den Supermarktkassen an die Verbraucher weitergegeben wird. Um die steigenden Energiekosten aufzufangen, haben wir monatliche Zahlungen von mindestens 125 Euro pro Haushalt beantragt sowie eine Einmalzahlung von 200 Euro an alle armutsgefährdeten Menschen. Zusätzlich haben wir vorgeschlagen, die Mehrwertsteuer auf Erdgas, Strom und Fernwärme auf 7 Prozent zu reduzieren und den CO₂-Preis für das Heizen vollständig an die Vermieter zu übertragen. Wir machen uns außerdem dafür stark, dass bei Menschen in Grundsicherung die tatsächlichen Energiekosten übernommen sowie Strom- und Gassperren für Privathaushalte verboten werden. Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag setzt sich für die Verlängerung des 9-Euro-Tickets, ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld, ein Energiegrundkontingent für alle Bürgerinnen und Bürger zu günstigen und stabilen Preisen sowie eine unbürokratische und schnelle Unterstützung für Studierende ein. Diese Maßnahmen würden die Menschen in diesem Land merklich entlasten – und wurden allesamt von den Ampel-Parteien SPD, Grüne und FDP im Bundestag abgelehnt.



→ www.linksfraktion.de

daneben liegen seine Zigaretten, die Sonnenbrille gegen die Helligkeit draußen, eine kleine Taschenlupe und sein Klapphandy. »Das läuft noch mit Braunkohle«, sagt er und lacht dabei so ausgelassen, dass man mitlachen möchte. Die kleine Taschenlupe hat er dabei, um die Zahlen und Buchstaben auf seinem Handy zu entziffern.

Seit 2014 sind die Mieten in Hannover im Durchschnitt um mehr als 40 Prozent gestiegen. Dazu kommen noch die explodierenden Energiekosten. Für viele Menschen ist das kaum mehr stemmbar. Und die Rettungspakete, die von der Ampelkoalition geschnürt werden, sind höchstens Pflaster auf den Wunden der Ungleichheit. So wundert es nicht, als Rüdiger erzählt, dass er und seine Frau von der Gaspreisbremse gar nichts hätten. Gerechtigkeit? Fehlanzeige!

So wie Rüdiger und seiner Frau Simone geht es derzeit vielen Menschen. Sie, ihre beiden Kinder und die Kinder ihrer Tochter Sarah sind nicht arm – und müssen dennoch schauen, wie sie über die Runden kommen, seitdem die durch die Inflation gestiegenen Kosten ihre Gehälter und Renten auffressen.



»Wir brauchen mehr Bock auf Arbeit.«
Steffen Kampeter, Arbeitgeberverbände

Zahlen bitte!

Knappe Güter sind teuer. Seit langem sind in Deutschland Fachkräfte Mangelware. Zu haben sind sie aber vielfach zum Schnäppchen-Preis.

Gleichzeitig explodieren die Lebenshaltungskosten. Viele können sich kaum noch über Wasser halten, denn die Lohnsteigerungen (im Schnitt 3,5 Prozent) hinken der Inflation weit hinterher (6,9 Prozent) – die Reallöhne sind 2022 um 3,1 Prozent gesunken.

Arme Menschen trifft die Inflation am heftigsten: Familien mit niedrigen Einkommen verzeichneten mit 8,8 Prozent die höchste Teuerungsrate. Sie geben einen großen Teil ihres Einkommens für Miete, Energie und Lebensmittel aus. Finanzielle Spielräume durch Ersparnisse haben sie nicht.

Die Inflation hält auch 2023 die Preise hoch und die Super-Sonder-Konzerngewinne bleiben bisher unangetastet. Doch während Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für faire Bezahlung streiken, fordern Arbeitgeberverbände »mehr Bock auf Arbeit«. Kein ganz falscher Gedanke, denn die meisten Beschäftigten hätten auch gern mehr Bock auf ihre Arbeit – dafür müssen aber die Bedingungen stimmen.



Gesundheit & Erziehung
-4,1%

Arbeitskräfte:

**Billig!
Billig!
Billig!**



Land- & Forstwirtschaft
-3,4%



Öffentliche Dienstleister
-4,1%

Reallöhne 2022
im Durchschnitt

-3,1%



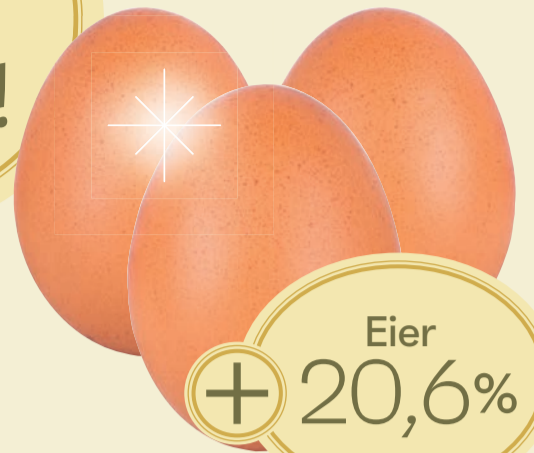
Verarbeitendes Gewerbe
-3,2%

Gewinner
2022
+8,6%
Dividenden der
Dax-Konzerne

EXTRA VAGANT

WENN LEBEN DER PURE LUXUS IST

Das große Plus 2022!



Eier + 20,6%



Weizenmehl + 34,5%



Sonnenblumenöl + 63,9%



Butter + 39,1%



Nudeln + 27,9%



Gurken + 26,2%



Kraftstoffe + 26,8%



Haushaltsenergie + 39,1%



Wohnungsmiete + 5,2%

»Das Bürgergeld ist Augenwischerei.«

Helena Steinhaus weiß aus eigener Erfahrung, was es bedeutet, von **Hartz IV** leben zu müssen. 2015 gründete sie mit anderen den **Verein Sanktionsfrei**. Was als Kritik an den unmenschlichen Sanktionen begann, ist zu einer öffentlichen Stimme gegen ein System geworden, das Menschen ausgrenzt und schikaniert.

»Wir verknüpfen unsere Hilfe mit einer Systemkritik.«

Wir treffen Helena Steinhaus in einem Café in Berlin-Neukölln. Ihr Verein startete letzten Herbst eine Kampagne zur Umverteilung der Energiepauschale an Menschen in Grundsicherung. Bereits über 170.000 Euro hat sie seitdem an Menschen überwiesen, denen das Amt die Hilfe verwehrt hatte und denen deshalb Stromsperrungen drohten.

Helena, welche Menschen wenden sich an Euch und bitten um Hilfe?

Das sind ganz unterschiedliche Menschen, aber tatsächlich sehr häufig alleinerziehende Frauen. Einer von ihnen wurden etwa die Leistungen gestrichen, bloß weil sie die Geburtsurkunde ihres Kindes nicht einreichen konnte. Das heißt, ihr fehlte von einem Tag auf den anderen das Geld. Dort springen wir ein, finanziell und juristisch, und machen den Fall auch öffentlich.

In Eurer letzten Kampagne ging es vor allem um Energie- und Stromkosten.

Genau, viele Leistungsbeziehende können die steigenden Rechnungen nicht bezahlen und wenden sich dann an uns. Schon im Herbst 2021 haben sich mehr Menschen deswegen an uns gewendet, das Problem ist also älter als der Krieg. Die Energiekrise hat dann noch einmal doppelt reingehauen, Ende 2022 bekamen wir Hunderte Anfragen pro Tag.

Was passiert dann mit den Anfragen?

Es geht einerseits darum, Gelder direkt und unbürokratisch auszuzahlen und wenn möglich

Unsere Vorschläge für eine armutsfeste Mindestsicherung

Das Bürgergeld schafft Hartz IV nicht ab. Es gleicht nicht einmal die hohe Inflation aus, obwohl allein die Lebensmittelpreise um 20 Prozent gestiegen sind. Deshalb hat DIE LINKE im Bundestag statt der jämmerlichen 50 Euro eine Erhöhung von 200 Euro beantragt – und fordert endlich eine ehrliche Berechnung des Regelsatzes ohne miese Rechentricks.

Auch bei den Hilfen durch die Jobcenter ist man keinen Schritt weiter. Die Mittel für Weiterbildungen wurden massiv gekürzt. Dabei erhöhen mehr Weiterbildungen und der Ausbau des sozialen Arbeitsmarktes die Chance auf einen Job und ein Leben ohne Existenzängste. Die Ampel lehnte das ab. Stattdessen kürzt sie die Bezüge seit Januar wieder unter das Existenzminimum.

Die Fraktion DIE LINKE wird sich im Bundestag weiter für ein Leben in Würde für alle einsetzen: Sie fordert eine wirkliche Überwindung von Hartz IV durch eine bedarfsdeckende, individuelle und sanktionsfreie Mindestsicherung und eine Kindergrundsicherung.



Mehr Informationen zu den Parlamentarischen Initiativen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag: → linksfraktion.de/buergergeld

auch juristisch Darlehen bei den Jobcentern durchzudrücken, andererseits aber auch darum, Geschichten zu erzählen. Wir wollen unsere Arbeit ja nicht im stillen Kämmerlein machen, sondern die Ungerechtigkeit für alle sichtbar machen. Wie bei der Tafel ist es aber so, dass wir nicht ewig die Arbeit des Staates machen wollen. Deshalb verknüpfen wir unsere Hilfe mit einer Systemkritik.

Wenn wir sagen, wir machen eine Stromkampagne und verteilen das Energiegeld um, dann fordern wir immer auch einen grundsätzlichen Wandel. Für fast alle Menschen, denen wir jetzt helfen, ist das gerade nur die Vorstufe zu einer Totalkatastrophe. Wenn sich die Abschläge verdoppeln, kriegen wir das auch nicht mehr abgedeckt.

Warum habt Ihr Euch für den Verein zunächst auf die Sanktionen konzentriert?

Die Sanktionen sind natürlich vor allem ein finanzielles Druckmittel. Aber es geht auch um die emotionale Komponente und die Macht des Jobcenters. Das Bundesverfassungsgericht hat ja festgestellt, dass Sanktionen nicht als Strafe eingesetzt werden dürfen, das passiert aber weiterhin. Da wollten wir ansetzen.

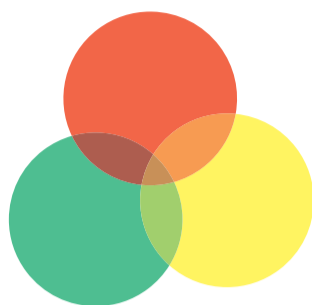
Ihr habt Eure Arbeit ja massiv ausgeweitet.

Es hat sich ziemlich schnell herausgestellt, dass die Sanktionen eigentlich nur die Spitze des Eisbergs sind. Grundsätzlich geht es darum, dass immer wieder Mangel herrscht und Gelder nicht ausgezahlt werden.

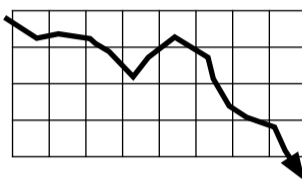
»Das Bürgergeld muss armutsfest sein.« Die engagierte Sozialaktivistin und Mutter von Zwillingen, Helena Steinhaus, im Gespräch mit ›Links-Redakteurin Ines Schwerdtner

Der Ampel-Check

»Mehr Fortschritt wagen« – so lautet der Titel des Koalitionsvertrags der Ampel. Die Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP versprach viel, als sie im November 2021 ihre Pläne vorstellte. **Wir checken für Euch**, ob Scholz, Habeck, Lindner und Co. ihre **»Fortschritts-Versprechen«** nach ein-
halb Jahren an der Regierung **wirklich eingehalten haben.**



Armutsichere Renten



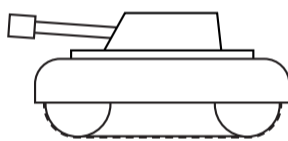
»Mit mir als Kanzler gibt es eine Rentengarantie«, versicherte Scholz im Wahlkampf. Das derzeitige Niveau sollte gehalten werden. Seitdem lässt die Inflation die ohnehin schon zu niedrigen Renten in rasantem Tempo schmelzen. Und Scholz? Der überlässt FDP-Finanzminister Lindner das Feld, der die Beitragsmittel der Rentenversicherten auf dem Aktienmarkt verzocken will.

Faire Löhne



Die wichtigste Forderung der SPD war wohl die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro. Und die hat sie auch tatsächlich umgesetzt – aber im gleichen Zug prekäre Minijobs ausgeweitet. Diese sind oft nur befristet, schlechter bezahlt und gehen bei Urlaubsansprüchen und Sonderzahlungen nicht selten leer aus. Betriebsvereinbarungen, Tarifverträge, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gelten für sie häufig nicht.

Rüstungsexporte reduzieren



Geplant hatte die Ampel-Regierung eine »wertebasierte und feministische Außenpolitik mit weniger Rüstungsexporten«. Die Grünen wollten »Rüstungsexporte an Diktaturen, menschenrechtsverachtende Regime und in Kriegsgebiete beenden«. Und die Realität? Die Bundesregierung hat die zweithöchsten Rüstungsexporte in der Geschichte der Bundesrepublik bewilligt (wobei Exporte in die Ukraine 2022 nur einen Bruchteil ausmachten) und liefert Munition an Länder wie Saudi-Arabien, das Menschen- und Frauenrechte mit Füßen tritt und seit Jahren einen verbrecherischen Krieg im Jemen führt.

Mietenexplosion stoppen



Den Bau von 400.000 Wohnungen und einen bundesweiten Mietenstopp kündigte die SPD im Wahlkampf an. Doch schon im Koalitionsvertrag fand man zum Mietenstopp kein Wort mehr. Und so stiegen die Mieten ungebremst weiter, an vielen Orten um über 10 Prozent innerhalb des letzten Jahres. Es gab einen Heizkostenzuschuss und etwas mehr Wohngeld – aber die große Mehrheit der Mieterinnen und Mieter lässt die Ampel weiter im Regen stehen.

Klimaneutralität & Kohleausstieg

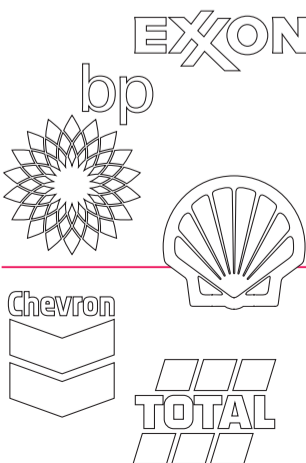
Den Kohleausstieg und mindestens 70 Prozent weniger Treibhausgase bis 2030 bei 100 Prozent erneuerbaren Energien bis 2035 – das versprochen die Grünen. Und versenkten all ihre Versprechen spätestens im Januar 2023, als der grüne Energie- und Wirtschaftsminister Habeck die Räumung und Abaggerung von Lützerath durch den RWE-Konzern genehmigte. Hunderte Millionen Tonnen Braunkohle will der Energiekonzern dort abbaggern und zur Stromerzeugung verfeuern. Die dabei freigesetzten CO₂-Mengen sprengen die selbst gesetzten Klimaziele.

Entlastungen in der Krise

»You'll never walk alone«, beteuerte Kanzler Scholz, um dann Millionen Bürgerinnen und Bürger mit den explodierenden Sprit-, Strom- und Heizkosten eben doch alleine zu lassen. Die Preisbremsen der Ampel entlasten vor allem die Energiekonzerne, die ordentlich abkassieren: Denn die längst wieder gesunkenen Preise werden nicht an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben.

Krisen-Gewinner in die Verantwortung nehmen

Ölkonzerne wie Shell, BP, Chevron, Exxon Mobil und Total Energies haben ihre Profite im letzten Jahr teils verdoppeln können. Im Ampel-Sprech heißt das »Zufallsgewinne« – nur ist daran wenig zufällig. Wer an Krieg und Krisen profitiert, müsste zur Kasse gebeten werden. Aber die Ampel zögert und zaudert. Nach Beschwerden aus der Energielobby ist die Regierung eingeknickt – und streicht ihre geplante »Abschöpfung von Zufallsgewinnen« für Stromerzeuger.



Nun gab es bei der Einführung des Bürgergeldes zum Jahreswechsel wieder eine politisch aufgeheizte Debatte um Sanktionen.

Ich habe wirklich gedacht, wir wären weiter. Aber es fühlte sich an wie 2015, weil die Sanktionen weiterhin dazu eingesetzt werden, um Menschen, die zu wenig verdienen, und Erwerbslose gegeneinander aufzubringen.

Hat das Bürgergeld dann seinen Namen verdient?

Der größte Coup der Bundesregierung ist diese neue Etikettierung, um über das Kleingedruckte hinwegzutäuschen. Es bleibt Augenwischerei.

Man hört immer, das Bürgergeld sei ein »Rundum-Wohlfühlpaket«, aber die wenigsten wissen zum Beispiel, dass die Stromkosten aus dem viel zu niedrigen Regelsatz bezahlt werden müssen. In den Medien wird das als nebensächliches Detail abgetan, aber genau diese Details sind am Bürgergeld zu kritisieren, weil sie für die Betroffenen kontinuierlichen Mangel und Verschuldung bedeuten.

Was sind Deine Hauptkritikpunkte?

Erstens: Der Regelsatz ist zu niedrig. Die Erhöhung ist gerade mal ein Inflationsausgleich und wird praktisch neutralisiert. Zweitens: Es kann weiterhin sanktioniert werden wie vorher auch und es gibt nur minimale Abschwächungen. Drittens: Die hohen Energiekosten werden nicht abgedeckt. Das Bürgergeld muss armutsfest sein. Dafür versuchen wir auch weiterhin eine größere Öffentlichkeit zu erreichen.

Gespräch: Ines Schwerdtner,
Fotos: Olaf Krostitz

Pink Tide in Lateinamerika

Halb gewonnen in Chile: Gabriel Boric wurde 2011 während der Studentenproteste bekannt, seit 2022 ist er Chiles Präsident. Dem Land, das nach Pinochets Diktatur zum Versuchslabor des Neoliberalismus wurde, bietet sich eine historische Chance: »Der Neoliberalismus wurde in Chile geboren, und er wird in Chile sterben«, steht an zahlreichen Wänden geschrieben. So schnell ging es jedoch nicht: Die Volksabstimmung für eine neue, progressive Verfassung ist gescheitert. Vierzig Jahre lassen sich nicht in einem Jahr zurückdrehen.



Neue Hoffnung für Brasilien: Lula da Silva löst den faschistischen Präsidenten Jair Bolsonaro ab und formt erneut eine linke Regierung. Neue Gesichter wie die Umweltministerin Marina Silva und die indigene Ministerin Sônia Guajajara sorgen für frischen Wind im Kabinett. Nach der katastrophalen Umweltpolitik von Lulas Vorgänger verspricht die neue Regierung, die Abholzung des Regenwaldes zu stoppen. Doch auch in anderer Hinsicht erweist sich Lula als Hoffnungsträger: Im Krieg Russlands gegen die Ukraine hat er eine Friedensinitiative vorgeschlagen.



■ Mitte-Links-Regierungen im Jahr 2023



Südkorea

Streik made in Südkorea: Im südkoreanischen Kinoschlager *Parasite* lehnt sich die Familie eines Nachhilfelehrers gegen ihre reichen Arbeitgeber auf – indem sie sich in deren Haus breitmachen und den Luxus genießen, während die Eigentümer verreiselt sind. Noch effektiver ist nur der Streik. Seit Monaten streiken die 22.000 organisierten LKW-Fahrer im Land, seit Anfang des Jahres sogar unbefristet. Das hat globale Lieferketten ins Stocken gebracht. Südkorea ist für seine gewerkschaftsfeindliche Politik berüchtigt. Vielleicht ist das auch ein Grund dafür, dass in Filmen und Serien aus dem

Land der Klassenkonflikt so drastisch gezeigt wird, wie sonst nirgendwo.



Aus aller Welt

England

Die Arbeiterklasse ist zurück: Zum ersten Mal stimmen die Pflegekräfte in den Krankenhäusern in Großbritannien über einen landesweiten Streik ab. Die Post-Beschäftigten der Royal Mail stimmen mit großer Mehrheit für eine Weiterführung ihrer Streiks, ebenso die Eisenbahnerinnen und Eisenbahner der schlagkräftigen RMT Union. Und auch an den Universitäten wird gestreikt. Aus Angst vor diesen Arbeitskämpfen gegen die Preiskrise hat die konservative Regierung unter Rishi Sunak nun ein Gesetz vorgelegt, um das Streikrecht bei kritischer Infrastruktur einzuschränken. Das wiederum trifft auf energischen Protest. Mick Lynch, Gewerkschaftsführer bei der Eisenbahn, sagte deshalb: »Die Arbeiterklasse ist zurück. Nicht als Idee, sondern als Bewegung.«



Frankreich

Ein Hauch von Generalstreik:

In Frankreich protestieren Millionen gegen die Rentenreform des Präsidenten Emmanuel Macron. Die Regierung will das Rentenalter auf 64 Jahre und 43 volle Beitragsjahre anheben. Die Gewerkschaften und das Linksbündnis Nupes um Jean-Luc Mélenchon riefen zum Protest auf, sogar Stromsperren für Milliardäre hatten Arbeiter der Gewerkschaft CGT angekündigt. Die Rentenreform zählt zu den Kernanliegen des neoliberalen Präsidenten. Nach der Gelbwestenbewegung und den Protesten gegen den Corona-Gesundheitspass ist der nächste Aufstand gegen Macrons Sozialabbau im Gange.



Für die Arbeiter-sache

Mehr als ein freier Tag für Beschäftigte: Der Maifeiertag ist Protesttag und Symbol des Klassenkampfes. Er erinnert an zahllose Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich gegen Ausbeutung, für Arbeitnehmerschutz und mehr Mitsprache aufbäumten – ein langer Kampf, der mit schweren Opfern bezahlt wurde und von Eskalationen und Blutvergießen begleitet war.



Berlin 1921



Dresden 1911



Berlin 1929



Schwarzenberg 1932



Leipzig 1948



Rostock 1956



Berlin 1949



Köln 2019

1. MAI 1890 Zum ersten Mal legten in Europa und den USA gleichzeitig Millionen Beschäftigte ihre Arbeit nieder, um gegen zu niedrige Löhne und unmenschliche Arbeitsbedingungen zu protestieren. Dazu hatten Gewerkschaften und Arbeiterparteien auf dem Internationalen Arbeiterkongress aufgerufen, auch um der Opfer der Mai-Streiks von **1886** zu gedenken. Damals hatten am 1. Mai, einem Stichtag für den Arbeitsplatzwechsel, überall in den Vereinigten Staaten Hunderttausende Arbeiter für den Achtstundentag gestreikt. In Chicago war es bei den als »Haymarket Riot« bekannt gewordenen Protesten zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen. Es gab zahlreiche Tote und Verletzte, unter anderem durch einen Bombenanschlag.

Als auch im Deutschen Reich eine große Streikwelle angekündigt wurde, drohten Unternehmerverbände mit Aussperrungen und Entlassungen. Trotzdem gingen am 1. Mai **1890** rund 100.000 Menschen bei sogenannten Maispaziergängen auf die Straße. Nachdem die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (später SPD) den Tag als dauerhaften »Feiertag der Arbeiter« einführte, fanden trotz drohender Repressionen alljährlich Demonstrationen und Streiks statt.

»Nieder mit dem Krieg!«, rief Karl Liebknecht am 1. Mai **1916** auf dem Potsdamer Platz in Berlin. Gemeinsam mit Rosa Luxemburg hatte er Demonstrationen für die Beendigung des Ersten Weltkriegs organisiert und »zum Kampfe um alles, was das Wohl und die Zukunft der Arbeitersache, der Menschheit und der Kultur bedeutet«, aufgerufen. Er wurde verhaftet und »wegen versuchten Kriegsverrats« zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. In mehreren Städten wurden daraufhin große Solidaritätsdemonstrationen durchgeführt.

1919 erklärte die Weimarer Nationalversammlung den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag, allerdings nur für ein Jahr. Die sozialistische Arbeiterbewegung war gespalten: Während einige den Maifeiertag eher als gemeinsamen Festtag begehen wollten, war für andere seine Funktion als Kampftag entscheidend. Die Auseinandersetzungen sollten schließlich **1929** als »Blutmai« in die Geschichte eingehen: Der sozialdemokratische Polizeipräsident hatte in Berlin ein Demonstrationsverbot ausgesprochen. Als die KPD trotzdem friedlich auf die Straße ging, schlug die Polizei den Protest mit Gummiknüppeln und Schusswaffen nieder. 33 Menschen wurden getötet, etwa 200 verletzt, darunter unbeteiligte Passanten.

1933 erklärte Hitler den 1. Mai zum »Feiertag der nationalen Arbeit«. Der aufwändig inszenierte Symboltag sollte helfen, die Arbeiterbewegung in die »Volksgemeinschaft« zu integrieren. Bereits am 2. Mai zeigten die Nationalsozialisten ihr wahres Gesicht: SA- und SS-Trupps stürmten Gewerkschaftsbüros und verhafteten Funktionäre, um die Gewerkschaften gleichzuschalten. Die vollständige Vereinnahmung des Maifeiertags gelang ihnen jedoch nicht. Nur einen Monat später wurde die »Hindenburg-Eiche«, die Hitler bei der ersten Maifeier auf dem Tempelhofer Feld in Berlin gepflanzt hatte, gefällt. Bis 1945 fanden zum Maifest immer wieder mutige Protestaktionen statt.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs entwickelte sich der Feiertag in Ost- und Westdeutschland bald sehr unterschiedlich. In der DDR wurde der 1. Mai wie in anderen sozialistischen Ländern als »Internationaler Kampf- und Feiertag der Werktätigen für Frieden und Sozialismus« staatlich organisiert und mit militärischen Paraden begangen. In der BRD gab es hingegen Kundgebungen und Straßenfeste der Gewerkschaften. In den **1980er** Jahren kam es dabei, besonders in Berlin und Hamburg, immer wieder zu Konfrontationen mit der Polizei. Am 100. Jahrestag der Mai-Demonstrationen, dem 1. Mai **1990**, richtete schließlich der damalige DGB-Vorsitzende Ernst Breit die erste Mairede an ein gesamtdeutsches Publikum.

Und die Tradition wächst weiter. Der 1. Mai bleibt in vielen Ländern ein Protesttag der Arbeiterinnen und Arbeiter, an dem neue gewerkschaftliche Forderungen verkündet und noch nicht verwirklichte Anliegen unterstrichen werden. Auch in diesem Jahr gehen wir gemeinsam mit den Gewerkschaften – ihrem Motto getreu – »ungebrochen solidarisch« auf die Straße.

Preise runter — Löhne rauf!

Wohnen, Heizen, Sprit, Lebensmittel: Die Kosten für unser Leben sind in den vergangenen Monaten durch die Decke gegangen. Höchste Zeit, dass die Löhne folgen.

Millionen Menschen kämpfen derzeit für höhere Löhne und Gehälter: im Einzelhandel, im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen, bei Bahn und Post, im Kfz-Gewerbe, im Groß- und Einzelhandel. Die hohe Inflation lässt den Beschäftigten immer weniger vom Lohn zum Leben übrig. Deshalb fordern sie zusammen mit ihren Gewerkschaften einen echten Inflationsausgleich. Denn wenn die Preise innerhalb eines Jahres um 10 und mehr Prozent steigen, bedeuten die oft mickrigen Angebote der Arbeitgeberseite, dass sich der Reallohnverlust ungebremst fortsetzt. Die Kaufkraft sinkt, was nicht nur den Beschäftigten, sondern auch der Wirtschaft schadet.

Hinzu kommt: Gute Löhne und faire Arbeitsbedingungen sind das beste Mittel, um dem wachsenden Personalmangel entgegenzuwirken. Der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Steffen Kampeter, forderte in einem Interview jedoch längere Arbeitszeiten und »mehr Bock auf Arbeit«. Doch wenn die eigene Arbeit ein Zehntel weniger wert ist, als noch vor einem Jahr, motiviert das nicht besonders.

Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag unterstützt die Beschäftigten – und ihre Gewerkschaften. Bedeutende Verbesserungen lassen sich nur gemeinsam erreichen: Ein starkes Tarifsystem sorgt für gute Arbeitsbedingungen und höhere Löhne. Vollzeitbeschäftigte in tarifgebundenen Betrieben verdienen im Schnitt rund 11 Prozent mehr als in nicht tarifgebundenen Betrieben. Flächentarifverträge verhindern, dass der Wettbewerb über Lohndumping ausgetragen wird. Doch seit 1998 ist der Anteil der Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben geschrumpft.

Die Deregulierung des Arbeitsmarktes – Leiharbeit, Befristungen, Minijobs, Niedriglöhne und Hartz IV – hat die Organisationsmacht der Gewerkschaften maßgeblich geschwächt. In erster Linie sind Gewerkschaften dazu da, für bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Die Politik gestaltet aber den Rahmen, der diese Kämpfe schwerer oder leichter macht. Deshalb fordert die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, dass zukünftig wieder mehr Beschäftigte unter den Schutz eines Tarifvertrags fallen, denn eine flächendeckende Tarifbindung ist der beste Garant für gute Arbeit. Prekärer Beschäftigung sagen wir den Kampf an und setzen uns im Bundestag dafür ein, dass es mehr statt weniger Streikrechte gibt. Denn nur so können wir gemeinsam für gute Arbeit kämpfen – sozial abgesichert, mitbestimmt, tariflich ausgestaltet und vor allem: gut entlohnt.

